



Antrag an den 44. Bundesparteitag der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Femizide und Gewaltprävention

Antragsteller: Landesvorstand Baden-Württemberg

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, das Grundsatzprogramm der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ um den Punkt 7.5 zu erweitern:

7.5 Femizide und Gewaltprävention

Beziehungsgewalt ist kein privates, sondern ein gesellschaftliches Problem, welches nicht länger als „Familiendrama“ bagatellisiert werden darf. Den Tätern wird zu 95% volle Schuldfähigkeit zugesprochen. In Deutschland wird jeden 3. Tag ein Femizid-Mord begangen. Jeden zweiten Tag überlebt eine Frau den Anschlag, die danach mit Traumata und hohen Folgekosten belastet ist. Ihre meist gemeinsamen Kinder sind oft Zeugen des Mordes oder werden zu 20% ebenso zum Tötungsopfer.

Gewalt gegen Frauen ist eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund von Straflosigkeit, Scham und patriarchalen Strukturen bis hin zum Bundesgerichtshof wird diese jedoch häufig nicht geahndet, geschweige denn angezeigt (nur 8%). Hiervon führen nur 2% zur Verurteilung.

Ein Drittel aller Frauen und Mädchen erlebt in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt; die Hälfte der weltweit getöteten Frauen wurde von ihren Partnern oder ihrer Familie getötet. So wird weltweit das eigene Zuhause für jede vierte Frau der gefährlichste Ort.

Gewalt manifestiert sich in physischen, sexuellen und psychischen Formen. Die Konsequenzen: Abtreibungen, Depressionen, lebenslange Angststörungen.

So hat geschlechtsspezifische Gewalt, welche zu 85% von Männern ausgeht, nicht nur negative Auswirkungen für die einzelnen Betroffenen, sondern auch innerhalb der Familie, der Gemeinschaft und auf wirtschaftlicher Ebene.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert Prävention durch:

- Konsequente Umsetzung der Istanbul Konvention, welche das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung & Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ beinhaltet.
- Sofortige Anwendung der Gefährdungs-Skala GSB (Gewalt in sozialen Beziehungen) in allen 16 Bundesländern, statt nur in 4.
- Die bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung von Frauenhäusern, es fehlen über 14.000 Plätze.
- Die Etablierung von Notruftelefonen für gefährdete Frauen
- Juristische Korrektur: Trennungstötung ist Mord und kein Totschlag, welcher im Affekt passiert. Frauen darf keine Mitschuld an der Tat, aufgrund ihres Verhaltens, vorgeworfen werden.
- Sensibilisierungs-Kampagnen zur Enttabuisierung von Gewalt an Frauen, Kindern und LGBTQIA+ Minderheiten sowie die Verschärfung des Strafrechts zum besonderen Schutz auch für Homosexuelle und Trans-Personen.
- Arbeit auch für und mit potenziellen Tätern.

Begründung: Ein Mord „passiert“ nicht, er wird begangen. Femizide sind Mord und kein Totschlag. Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, das zu oft tabuisiert wird. Häusliche- und speziell Gewalt gegen Frauen braucht mehr Öffentlichkeit und Prävention zu der wir uns als Partei klar positionieren müssen.

Vorsitzender (Bastian Röhm)

Geschäftsführerin (Miriam Broux)